

Antrag

der Abgeordneten Johannes Pflug, Detlef Dzembitzki, Monika Heubaum, Jelena Hoffmann (Chemnitz), Brunhilde Irber, Dr. h. c. Susanne Kastner, Hans-Ulrich Klose, Ute Kumpf, Lothar Mark, Markus Meckel, Dr. Rolf Mützenich, Volker Neumann (Bramsche), Dietmar Nietan, Rudolf Scharping, Dr. Hermann Scheer, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Gert Weisskirchen (Wiesloch), Brigitte Wimmer (Karlsruhe), Uta Zapf, Dr. Christoph Zöpel, Franz Müntefering und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Fritz Kuhn, Marianne Tritz, Volker Beck (Köln), Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Kambodscha

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit der Unabhängigkeit von Frankreich im Jahre 1953 war Kambodscha in eine Vielzahl von Konflikten verwickelt, die viel Leid für die Kambodschaner gebracht haben. Dabei war die schlimmste Zeit das Regime Pol Pots und der Roten Khmer. Es stand für beispiellosen Terror, für Vertreibung und Massentötungen. Millionen Menschen haben ihr Leben verloren. Historisch und juristisch sind die Verbrechen der Roten Khmer noch immer nicht aufgearbeitet.

Seit Beginn der 1990er Jahre ist Kambodscha auf dem schwierigen Weg, eine Demokratie zu werden. Deutschland hat diese Entwicklung von Anfang an aktiv unterstützt. In Kambodscha fand 1992 der erste Bundeswehreininsatz im Rahmen der Vereinten Nationen statt. Die Entwicklungszusammenarbeit nimmt einen wichtigen Stellenwert in den bilateralen Beziehungen ein, denn Kambodscha ist eines der ärmsten Länder der Welt und auf internationale Hilfe angewiesen.

Mit Besorgnis haben Parlamentarier in ganz Europa, der luxemburgische Ratsvorsitz der EU, das US-amerikanische Außenministerium sowie der UN-Vertreter für Menschenrechtsfragen in Kambodscha die jüngsten politischen Ereignisse im Land aufgenommen.

In den vergangenen Jahren hat die Regierung immer wieder versucht, den Handlungsspielraum gewählter Mandatsträger durch fragwürdige Interpretationen der kambodschanischen Verfassung einzuschränken. Die Situation ist durch gegenseitige Anschuldigungen der politischen Führer gekennzeichnet und gipfelte in der Aufhebung der Immunität von drei Oppositionspolitikern. Anfang Februar 2005 wurde dem Vorsitzenden der einzigen Oppositionspartei, Sam Rainsy, und zwei weiteren Abgeordneten seiner Partei, Chea Poch und Cheam Channy, die parlamentarische Immunität aberkannt. Cheam Channy wurde inhaftiert, die beiden anderen Parlamentarier konnten in das Ausland fliehen.

Die Entwicklung gefährdet die Fortsetzung des dringend notwendigen demokratischen Transformationsprozesses. Der nationale Ausgleich nach jahrelangem Krieg, der Wiederaufbau des Landes und die Entwicklung zu mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit werden dadurch behindert. Demokratie setzt immer eine arbeitsfähige parlamentarische Opposition voraus. Dem Versuch des zunehmend autoritär auftretenden Premierministers Hun Sen, die Opposition mundtot zu machen, muss international scharf entgegengetreten werden.

II. Der Deutsche Bundestag appelliert an die politischen Führer Kambodschas, im Geist der demokratischen Verantwortung und im Interesse der Bevölkerung Kambodschas zusammenzuarbeiten. Er schließt sich den internationalen Protesten an und fordert den Präsidenten der kambodschanischen Nationalversammlung, Prinz Ranariddh, auf,

- die volle Wiederherstellung der parlamentarischen Rechte der kambodschanischen Abgeordneten zu gewährleisten;
- ein rechtsstaatliches Verfahren für den inhaftierten Parlamentarier Cheam Channy sicherzustellen und dabei den Fünf-Punkte-Plan von Ex-König Sihanouk, der u. a. die Begnadigung, Freilassung und Wiederherstellung der parlamentarischen Immunität von Cheam Channy anregt, angemessen zu berücksichtigen;
- der demokratischen Opposition die Möglichkeit einzuräumen, von ihren Rechten Gebrauch zu machen, ihren Pflichten nachzukommen und insbesondere in der Nationalversammlung und ihren Ausschüssen aktiv mitzuarbeiten.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- darauf zu dringen, dass die Verbrechen des Pol-Pot-Regimes in einem transparenten Gerichtsverfahren, das international anerkannten Standards entspricht, geahndet werden;
- nachdrücklich darauf zu drängen, dass die Regierung von Kambodscha die Grundvoraussetzungen für Demokratie, wie Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, in vollem Umfang gewährleistet;
- im Zusammenwirken mit den EU-Partnern unter luxemburgischem Vorsitz und den übrigen am Wiederaufbau Kambodschas beteiligten Akteuren auf die kambodschanische Regierung einzuwirken, um die für die weitere Entwicklung des Landes schädliche Aushöhlung der demokratischen Rechte zu verhindern.

Berlin, den 13. April 2005

Franz Müntefering und Fraktion
Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion